lungen als Rechtsverletzungen eigener Art ist nach gesonderten Grundsätzen geregelt. Es bestehen für sie eigene materielle und verfahrensrechtliche Rechtsvorschriften, die im StGB und in dessen Einführungsgesetz sowie in der genannten 1. DVO enthalten sind.

Die gesetzlichen Bestimmungen, in denen gemäß §2 Abs. 3 OWG die Ordnungswidrigkeiten charakterisiert sind, werden in der Regel *Ordnungsstrafbestimmungen* genannt. Die darin enthaltene juristische Beschreibung von Rechtsverstößen, die als Ordnungswidrigkeiten gelten, werden auch als *Ordnungswidrigkeitstatbestände* bezeichnet. Diese Tatbestände können nicht in einem Gesetz - etwa vergleichbar mit dem Strafgesetzbuch - zusammengefaßt werden. Sie werden vielmehr im Zusammenhang mit der *inhaltlichen* Regelung gesellschaftlicher Prozesse normiert. Die objektiven Tatbestandsmerkmale der Ordnungsstrafbestimmungen enthalten oft eine Vielzahl konkreter Bezüge und Verweise auf verwaltungsrechtliche Befugnisse zur staatlichen Leitung von gesellschaftlichen Prozessen oder Bereichen, deren Wirksamkeit neben anderem auch mit Ordnungsstrafmaßnahmen garantiert werden soll. *Die Ordnungsstrafbestimmungen werden so auch als Mittel zur Durchsetzung staatlicher Einzelentscheidungen*, z. B. von Auflagen oder Forderungen, *wirksam*.

Das zeigt sich z. B. deutlich im Ordnungswidrigkeitstatbestand des § 12 Abs. 1 der VO über Bevölkerungsbauwerke. Dort heißt es:

„Wer vorsätzlich oder fahrlässig als Bauauftraggeber

1. Bauwerke ohne Zustimmung gemäß §3 errichtet oder verändert,
2. bei der Errichtung oder Veränderung eines Bauwerkes die mit der Zustimmung erteilten Auflagen gemäß § 5 Absätze 2 und 5 nicht erfüllt,
3. Auflagen gemäß § 11 Abs. 1 nicht erfüllt, kann mit Verweis oder Ordnungsstrafe von 10 Mark bis 500 Mark belegt werden.“

Alle Verweise auf verwaltungsrechtliche Zustimmungen oder Auflagen beziehen sich hier auf die entsprechenden Paragraphen der VO über Bevölkerungsbauwerke.

Nur wenige Ordnungswidrigkeitstatbestände, die nicht im Zusammenhang mit der staatlichen Leitung bestimmter Prozesse oder Bereiche stehen oder aus Zweckmäßigkeitsgründen selbständig geregelt wurden, sind in der OWVO zusammengefaßt geregelt.

In der OWVO werden u. a. als Ordnungswidrigkeiten geregelt:

- § 1 Unwahre Angaben gegenüber einem Staatsorgan,
- § 2 Beschädigung öffentlicher Bekanntmachungen;
- §4 Störung des sozialistischen Zusammenlebens,
- §6 Hausfriedensbruch in öffentlichen Gebäuden,
- § 12 Automatenmißbrauch,
- § 14Trunkenheit in der Öffentlichkeit,
- § 17 Verantwortlichkeit für Ordnungswidrigkeiten Minderjähriger,
- § 18 Zuwiderhandlungen gegen festgelegte Öffnungszeiten,
- § 20 Verletzung von Preisbestimmungen.

6.3.2.

Die Aufgaben der staatlichen Organe bei der Gestaltung von Ordnungsstrafbestimmungen

Zuständig für den Erlaß von Ordnungsstrafbestimmungen und somit für ihre Gestaltung sind nur zentrale Staatsorgane (vgl. §3 Abs. 1 OWG). Solche Bestimmungen können nur in Gesetzen der Volkskammer, in AO des Nationalen Verteidigungsrates, in VO, DVO und Beschlüssen des Ministerrates sowie in AO und DB von Ministern und Leitern anderer zentraler Staatsorgane ergehen. Soweit Ordnungsstrafbestimmungen in AO von Ministern und Leitern anderer zentraler Staatsorgane im Rahmen der ihnen übertragenen Befugnisse festgelegt werden, hat das gemäß §3 Abs. 1 OWG unter Beteiligung des Ministers der Justiz zu erfolgen. Die ausschließliche Kompetenz zentraler Staatsorgane für den Erlaß von Ordnungsstrafbestimmungen entspricht der Notwendigkeit einer einheitlichen Gestaltung dieser Bestimmungen sowie einer einheitlichen Rechtsanwendung im gesamten Staatsgebiet der DDR.

Jede Ordnungsstrafbestimmung muß in der gesetzlich festgelegten Form verkündet werden. Sie wird in der Regel im Gesetzblatt der DDR veröffentlicht. Der Minister der Justiz gibt gemäß §43 Abs.3 OWG in bestimmten Zeitabständen eine Zusammenstellung der Rechtsvorschriften mit Ordnungsstrafbestimmungen bekannt.

Seit 1985 wird diese Zusammenstellung in Form einer Liste der Rechtsvorschriften mit geltenden